

Solingen im Januar 2025

Sehr geehrte Herren Hardt, Schäfer, Breuer,

die IPPNW-Regionalgruppe Solingen (ÄrztInnen für die Verhütung des Atomkrieges - ÄrztInnen in sozialer Verantwortung e.V.) wendet sich an Sie als Bundestagskandidat der CDU im Wahlkreis Solingen.

Wir legen Ihnen im Anhang einen "Offenen Brief an alle Kandidierenden zur Bundestagswahl 2025" zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland vor mit der Bitte um eine Stellungnahme. Wir machen uns Sorgen um die Folgen der Vereinbarung zwischen der US-Regierung Biden und der Bundesregierung für Deutschland, die ohne vorherige parlamentarische oder öffentlich Debatten getroffen wurde. Neben der generellen Anheizung des Rüstungswettlaufs und der erhöhten Gefahr einer Eskalation zum nuklearen Schlagabtausch mit Russland würde Deutschland zum ersten Ziel eines russischen Angriffs mit vergleichbaren Mittelstreckenwaffen. Dies kann nicht in unserem Interesse liegen!

Um Klarheit zu gewinnen, wem wir bei der Bundestagswahl am 23.02.2025 unsere Stimme anvertrauen können, bitten wir um Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
IPPNW-Regionalgruppe Solingen

Antwort Herr Hardt,

„Ich freue mich, dass ich Ihnen meine Argumente zu diesem Thema darlegen kann. Ich begrüße von Ihnen angesprochene Vereinbarung über die Stationierung der US-amerikanischen Mittelstreckenraketen grundsätzlich als Sicherheitsgewinn für uns in Europa. Russland hat den einstigen INF-Vertrag wiederholt und nachweislich gebrochen, was zur beiderseitigen Beendigung dieses Vertrags durch die USA und Russland im Jahr 2019 geführt hat. Seither hat Russland auch im Zuge des Angriffs auf die Ukraine seine Fähigkeiten erheblich ausgebaut, wiederholt Drohungen ausgesprochen und nuklear bestückbare Raketen so stationiert, dass sie in der Lage sind, alle großen westeuropäischen Städte zu erreichen. Aufgrund dieser veränderten Bedrohungslage hat die Bundesregierung 2023 in der Nationalen Sicherheitsstrategie angekündigt, die Luftverteidigung in Europa grundlegend zu verstärken und abstandsfähige Präzisionswaffen zu entwickeln und einzuführen.

Bis dies in die Tat umgesetzt ist, erhöht es unsere europäische Sicherheit erheblich, wenn US-amerikanische Einheiten in Deutschland bereits ab 2026 von den USA mit weitreichenden konventionellen Waffensystemen ausgestattet werden. Eine nukleare Bestückung ist bei diesen Systemen nicht vorgesehen, die Beteiligung an einer Eskalationsspirale ist damit also nicht gegeben.

Der juristische Dienst des Bundestages kommt zu dem Schluss, dass eine Beteiligung des Parlamentes für diese Vereinbarung nicht notwendig gewesen sei. Die Stationierung dieser Waffensysteme in Deutschland beruht auf den vereinbarten Verpflichtungen des NATO-Bündnissystems und ist im Rahmen des NATO-Gipfels im Juli 2024 verkündet worden. Die Juristen beziehen sich auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1984. Damals ging es um die Aufstellung nuklearer amerikanischer Mittelstreckenraketen im Rahmen des NATO-

Doppelbeschlusses. Unter anderem verneinte das Bundesverfassungsgericht einen Verstoß gegen das Demokratieprinzip und stellte klar: "Das Grundgesetz kennt weder einen Totalvorbehalt des Gesetzes noch eine Kompetenzregel, die besagte, daß alle 'objektiv wesentlichen' Entscheidungen vom Gesetzgeber zu treffen wären."

Ich persönlich hätte mir eine breitere Debatte darüber im Vorfeld und auch im Deutschen Bundestag gewünscht. Dies hätte sicherlich auch zu mehr Verständnis in der öffentlichen Meinung für diese in meinen Augen richtige Entscheidung geführt.

Ihr offener Brief ist überschrieben mit "Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen". Nichts hätte ich lieber als das. Leider ist mit dem autoritären russischen Regime unter Putin der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Und dieses Regime hält sich an keine Verträge, ist an Verhandlungen jenseits seiner eigenen Maximalforderungen nicht interessiert, überzieht sein Nachbarland seit drei Jahren mit einem menschenverachtenden Krieg und uns zunehmend mit hybriden Angriffen. Kurz gesagt, das Putin-Regime ist nicht vergleichbar mit der Sowjetunion der 1980er Jahre und lässt uns leider keine andere Wahl. Nur wirkliche militärische Stärke wird den Aggressor davon abhalten, seine Vorstellungen auch in die Tat umzusetzen. Die NATO mag zahlenmäßig augenblicklich noch überlegen sein, aber wie Sie selbst schreiben, macht es keinen Sinn, Waffengattungen gegeneinander aufzurechnen. Wir können beobachten, in welcher Geschwindigkeit Russland aufrüstet, Soldaten rekrutiert und seine Fähigkeiten verbessert. Wir als Bündnis demokratisch regierter Staaten können und wollen dies nicht. Darüber hinaus wird die NATO als Defensivbündnis demokratischer Staaten niemals von sich aus Gebrauch von diesen Waffen machen. Aber das Wissen darum, dass wir Europa und unsere Freiheit im Zweifel auch verteidigen könnten, würde viel Sicherheit schaffen.

Ich hoffe sehr, dass Sie über meine Argumente nachdenken werden. Mit einem totalitären und expansionistischen Regime kann nicht durch Zugeständnisse am Verhandlungstisch Frieden geschaffen werden. Nicht umsonst wurden am letzten Wochenende vermehrt Vergleiche mit 1938 laut. Die Geschichte zeigt, dass es nicht funktioniert.“

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Hardt

Antwort Herr Schäfer,

„entschuldigen Sie bitte die späte Rückmeldung, sie ist dem sehr vollen Terminkalender und den zahlreichen Zuschriften der letzten Wochen geschuldet.

Die Debatte rund um die angekündigte Stationierung weitreichender konventioneller Waffensysteme in Deutschland beschäftigt viele von uns.

Die parlamentarische Debatte zu der vorgesehenen Stationierung, aber auch die Bedeutung von Abrüstung und Rüstungskontrolle wird, anders als geplant, aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl erst in der nächsten Wahlperiode stattfinden.

Das Präsidium der SPD hat der zeitlich begrenzten Stationierung der Mittelstreckenwaffen bereits zugestimmt. Dem Beschluss sind sehr

intensive Beratungen vorausgegangen und er ist niemandem leichtgefallen.

Klar ist: Die massive russische Aufrüstung, insbesondere mit weitreichenden konventionellen als auch nuklearen Raketen und Marschflugkörpern, ist gefährliche unbestreitbare Realität. Die konstante Aufrüstung ist über einen langen Zeitraum zu verfolgen, Putin hat sie durch die Verletzung der Verpflichtungen aus dem INF-Vertrag vorangetrieben und diesen dadurch hinfällig gemacht. In den letzten Jahren hat sich das Tempo der Aufrüstung deutlich beschleunigt. Mit diesen Waffen kann Russland uns in Europa bedrohen und unter Druck setzen. Eine Strategie, die umso wirksamer wird, je geringer unsere Verteidigungsfähigkeit ist.

Die Einschätzung, dass Europa dringend eine glaubwürdige Abschreckung braucht, um die Ausweitung kriegerischer Aktivitäten zu verhindern, teilen alle unsere europäischen Nachbarn, vor allem die skandinavischen und baltischen Staaten. Europa muss Verhandlungen aus einer Position der Stärke führen, um den Frieden bewahren zu können. Daher ist es wichtig, dass wir die Investitionen in unsere umfassende Sicherheit hochfahren und auf die Bedrohung durch Russland umsichtig und angemessen reagieren.“

Mit freundlichem Gruß

Ingo Schäfer

Ingo Schäfer

Mitglied des Deutschen Bundestages

SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin | Tel. 030 227-78641 | Ingo.Schaefer@Bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Linkgasse 1a, 42651 Solingen | Telefon: 0212 54 88 34 88 |
Ingo.Schaefer@Bundestag.de

Antwort Herr Breuer,

„ich danke Ihnen für den offenen Brief und ihr Engagement, denn natürlich haben sie völlig recht- die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen ist auch nicht in meinem Interesse und ganz sicher auch nicht im Interesse der Bevölkerung, weder national noch international! Mit der Stationierung, die wie sie schreiben auch nur bilateral getroffen wurde, steigt die Kriegsgefahr massiv. Und dies unter dem Deckmantel der angeblichen Sicherheit und Verteidigung. Der Rüstungswettlauf, in welchem wir uns befinden, beängstigt mich sehr! Zudem fehlt das Geld, welches hier enorme Ressourcen verschlingt an allen Ecken und

Enden- dem Kampf gegen Armut und Hunger weltweit, aber auch für die sozial-ökologische Transformation. Statt das Geld in sinnvolle Forschung und Entwicklung zu investieren, wird es in Rüstungsschmieden verpulvert. Sie können sich sicher sein, dass ich an jeder mir möglichen Stelle diesem Aufrüstungswahnsinn die Stirn biete und mich gegen die Stationierung auch dieser Mittelstreckenraketen aussprechen werde. Meine Hoffnung liegt in einer breiten Protestbewegung und einer (wieder-)auferstehenden Friedensbewegung, die sich dem ebenso entgegenstellt.“

Grüße

Rolf Breuer

Kreissprecher KV Solingen der Partei Die Linke

Direktkandidat für den Wahlkreis 102 Solingen, Remscheid, Wuppertal 2